

foodwatch e.v. · brunnenstraße 181 · d-10119 berlin

Konrad-Adenauer-Haus
Bundesgeschäftsstelle der CDU
Frau Vorsitzende Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
Herrn Generalsekretär Dr. Peter Tauber
Per Fax vorab: 030 - 220 70 - 111
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Berlin, 30. März 2015

Aufforderung zur Fehlerkorrektur

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, sehr geehrter Herr Tauber,

die CDU und Sie persönlich werben für das geplante Freihandelsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA. Wir vermissen dabei eine aufrichtige Abwägung von Chancen und Risiken. Vielmehr haben wir die Wahrnehmung, dass die CDU über die Risiken nicht ernsthaft diskutiert, die Chancen des Abkommens dagegen aufgebauscht. Insbesondere stellen Sie die möglichen wirtschaftlichen Effekte von TTIP verzerrt oder gänzlich falsch dar. Das erleben wir bei Veranstaltungen von einzelnen CDU-Repräsentanten, aber auch in den offiziellen Informationsmaterialien der Partei. Beispielhaft genannt seien die folgenden Zitate:

1.)

„Die Schätzungen über zusätzliche Arbeitsplätze in der EU reichen von 400 000 bis 1,3 Millionen. (...) Deutschland kann mit bis zu 200 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen rechnen.“

(Aus der CDU-Broschüre/Argumentationspapier „Bedeutung und Inhalte von TTIP“)

Der erste Teil der Aussage ist nachweislich faktisch falsch:

Beide Zahlen (400.000 bzw. 1,3 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze EU-weit) entstammen Studien des ifo-Instituts, die im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums bzw. der Bertelsmann-Stiftung erstellt wurden. In den Studien wurden jeweils mehrere hypothetische TTIP-Szenarien eingeschätzt. Die zitierten Arbeitsplatzzuwächse entsprechen den für die jeweils ambitioniertesten Szenarien der beiden Studien eingeschätzten Effekten.

Beide Studien schätzen jedoch auch weniger ambitionierte TTIP-Szenarien ein und kommen dabei zu deutlich kleineren Beschäftigungseffekten. Insgesamt beginnen die Schätzungen für die in den beiden ifo-Studien behandelten TTIP-Szenarien nicht bei 400.000, sondern bei lediglich rund 12.000 (!) zusätzlichen Stellen EU-weit. Ihre Aussage ist daher falsch, da sie den Eindruck erweckt, als hätten die EU-Staaten *mindestens*

400.000 neue Arbeitsplätze durch TTIP zu erwarten. Genau dies sagt aber keine der bekannten Studien über die möglichen wirtschaftlichen Effekten des Abkommens aus.

Der zweite Teil des Zitats gibt die Studieneinschätzung ebenfalls in hohem Maße verzerrt wieder:

Das ambitionierteste Szenario einer der beiden genannten ifo-Studien – und nur dieses – weist einen möglichen Zugewinn von gut 181.000 Arbeitsplätzen in Deutschland aus. Andere Szenarien dieser Studie sowie alle Szenarien der zweiten ifo-Studie gehen von deutlich kleineren Effekten aus. Ihre Aussage ist daher nicht nur deshalb manipulativ, weil Sie 181.000 Arbeitsplätze großzügig auf 200.000 aufrunden. Vielmehr muss der Satz „Deutschland kann mit bis zu 200 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen rechnen“ so verstanden werden, als handele es sich bei einem Zugewinn in dieser Größenordnung um eine gesicherte Erkenntnis.

Das ist mitnichten der Fall: Sie verschweigen die für andere TTIP-Szenarien ermittelten, erheblich nach unten abweichenden Einschätzungen. Sie erwähnen nicht, dass es sich bei all diesen Prognosen um einen Gesamteffekt handelt, der jedoch erst nach frühestens zehn Jahren eintritt. Sie verschweigen, dass alle Einschätzungen aufgrund der zugrunde gelegten hypothetischen Szenarien eben gerade keine sichere Erkenntnis darstellen können. Vor allem jedoch verschweigen Sie, dass es erhebliche Zweifel gibt an der Wahrscheinlichkeit, dass die ambitioniertesten Szenarien eintreten könnten; das ifo-Institut selbst schreibt schon über ein TTIP-Szenario, das Deutschland rund 110.000 zusätzliche Arbeitsplätze bringen könnte (also bedeutend weniger als die von Ihnen genannte Zahl!): „Hier handelt es sich um ein sehr optimistisches Szenario, welches erhebliche Unsicherheiten involviert.“

Die Ausführungen gelten auch für folgendes Zitat, das aus unserer Sicht gleichermaßen manipulativ ist:

„Zudem würden etliche Arbeitsplätze in Europa entstehen, allein ,bis zu 200.000‘ in Deutschland.“

(CDU-Generalsekretär Peter Tauber im Handelsblatt, 21. September 2014).

2.)

„TTIP bedeutet also bis zu 545 Euro Zusatzeinkommen im Jahr für einen vierköpfigen Privathaushalt.“

(CDU-Internetseite www.cdu.de/ttip/fakten)

Auch diese Aussage ist geeignet, den Leser fehlzuleiten:

Die zitierten 545 Euro entstammen der CEPR-Studie im Auftrag der Europäischen Kommission. Bei diesem Wert handelt es sich nicht um ein jährliches Einkommenswachstum. Vielmehr sagt die Studie voraus, dass das Niveau des Jahreseinkommens einer vierköpfigen Familie mit TTIP um 545 Euro höher liegen könnte als ohne TTIP (pro Kopf und Monat geht es also um gut 11 Euro). Ein Effekt, der der Studie zufolge allerdings erst im Jahr 2027 eingetreten sein könnte – und auch nur im Falle eines äußerst ambitionierten Abkommens. Diese wesentlichen Informationen enthalten Sie den Lesern vor.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, sehr geehrter Herr Tauber,


wir fordern Sie auf, die Öffentlichkeit vollständig und korrekt über TTIP zu informieren. Korrigieren Sie die falschen bzw. manipulativen Informationen in Ihren Publikationen und geben Sie den Vertretern Ihrer Partei Fakten in die Hand, die sie in die Lage versetzen, die Bürgerinnen und Bürger in Zukunft aufrichtig und umfassend über das geplante Abkommen ins Bild zu setzen.

Wir bitten Sie um Stellungnahme und Korrektur bis zum 8. April 2015.

Mit freundlichen Grüßen



Thilo Bode
Geschäftsführer



Lena Blanken
Kampagnen